

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. September 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zelle; Kauf-, Verhaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 107

Jeder Buchdrucker Leser des „Korr.“

Die Auflage ist zwar über den heuligen Stand von 54 400 vor dem noch niemals hinaudgegangen, sie muß aber nimmer beträchtlich höher steigen, denn in der kommenden Zeit wird das Verbandorgan als schnelle und sicher funktionierende Anlaufstelle von allen gebraucht werden. Wie blöde, wird es auch weiter die beste Plattform für sachliche Meinungsäußerungen und gemeindefähliche Anregungen bilden. Deshalb muß ein jeder Mitstreiter in der Organisation auch Leser des „Korr.“ sein! Der neue Bezugspreis von 1.50 Mk. im Vierteljahr, 50 Pf. monatlich, hat schon einmal bei der Gründung des „Korr.“ bestanden, denn 12 1/2 Gggr. erstmaliges Abonnement waren 1.50 Mk. nach heuligem Gelde, eigentlich viel mehr in Anbetracht der jetzigen Geldentwertung. Der beschriebene Anfang mit wöchentlich nur einmaligen Erscheinungen und sehr dreimaliges mit häufigen Bezügen und unter außerordentlich verteuerten Verlesungsstellen bilden ebenfalls eine Gegenüberstellung, die dazu anspornen dürfte, daß es Tatsache wird:

Jeder Buchdrucker Abonnent des „Korr.“

Zeitung- und Bücherzensur

I.

Das Kapitel der Pressefreiheit ist im „Korr.“ von prinzipiellen Standpunkten wie von praktischen des Buchdruckers aus so erschöpfend behandelt worden seit dem Eintritt in die revolutionäre Epoche — man darf noch nicht mehr als einen solchen sehen —, daß nur durch eine zusammenhängende Betrachtung das Thema von neuem Interesse erweckt.

Beginnen wir mit bewegter Zeit. Die bürgerliche Revolution von 1848, die von den Arbeitern nicht am letzten erkritten wurde, denen man sie aber am wenigsten gedankt hat, brachte schon einmal die Morgenröthe der Pressefreiheit. Die Buchdrucker waren ihre entschiedensten Verfechter. Die Ergründung ihres organisatorischen Zusammenschlusses mit dem großzügig entworfenen Plan einer demokratischen Arbeitsverfassung, die als Vorläufer der jetzigen Tarifgemeinschaft hätte angesehen werden können, und einer sozialen Umgestaltung Deutschlands, standen ihnen auch nicht höher als die im Augenblick erreichte Pressefreiheit. Und das wollte bei uns 1848ern viel heißen. Aber Organisation, Tarif, Regelung des Lehrlingswesens, soziale Ara und Pressefreiheit wurden gar schnell wieder beseitigt bzw. schon in ihren ersten Regungen unterdrückt durch die zurückstufende Reaktion, die in der Diktatur von Manteuffel und Brandenburg stärkste Auswirkung fand.

Das Gewerbegesetz vom 15. Oktober 1861 im ansonst nicht fortschrittlichen Sachen, die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 und das Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 eröffneten dann nach längerer Zeit der Presse teilweise etwas mehr Bewegungsfreiheit. Daß von einer Pressefreiheit damit aber noch nicht die Rede sein konnte, zeigte die Zeit des Sozialistengesetzes, in der Bismarck und Puffkammer vielmehr die Druckfreiheit wieder stark einschränkten. Der illegale Druck kam als Gegenwirkung wieder in Aufnahme. Mancher Buchdrucker hat dabei seine Haut zu Markte getragen. Nach dem 1. Oktober 1890 mit dem Falle des Sozialistengesetzes wurde es etwas besser. Im Zeichen des Halbsozialismus in Deutschland ging es aber auch mit der Pressefreiheit nicht über den Zustand der Halbheit hinaus.

Mit Kriegsausbruch kam abermals eine Periode festerer Prezensur. Die „Kriegsnotwendigkeiten“ geboten es angeht. Die Diktatur von Ludendorff wurde immer schärfer. Die weißen Flächen nahmen an Ausdehnung zu. Die Vorzensur machte sich in technischen Zeitungsbetriebe äußerst störend bemerkbar. Die Zensurverbote mehrten sich und erludern Fristausdehnung. Auch in diesem Stadium fehlte nicht die sogenannte unterirdische Presse trotz der schweren Strafen für die daran Befestigten, also Buchdrucker nicht zuletzt. Obwohl den Regierungsmethoden während der Kriegszeit kräftige Stöße nachzusehen sind und namentlich der Zwangskraft besitzende amtliche Prehsapparat wegen seiner Verlogenheit höchste Verurteilung verdient — im oansen waren wir in

Deutschland mit der Pressefreiheit doch nicht so weit heruntergekommen als das republikanische Frankreich.

Dann kam die militärische Revolution und mit ihr der große Umsturz. Nun war mit einemmal endlich die volle Freiheit der Presse da. Aber gleichzeitig tat ihr revolutionärer Aberschwang wieder empfindlichen Abbruch. Die Arbeiter- und Soldatenräte gestakelten sich nicht selten derbe Eingriffe in die Pressefreiheit. Die Besetzung des „Vorwärts“ und des Berliner Zeitungsviertels bildete im Januar 1919 den tiefsten Punkt von Unterdrückungswillkür gegen die Meinungsfreiheit. Damals hat auch die „Leipziger Volkszeitung“ mit ihrer Verurteilung nicht hinterm Berge gehalten, und Richard Müller erklärte am ersten Tage des zweiten Rätekongresses: „Die Besetzung der Zeitungen verurteilt niemand schärfer als wir. Die Beeinträchtigung der Pressefreiheit ist ein Verbrechen an der Revolution.“ Das war eine der wenigen Handlungen, worin wir Richard Müller beistimmen konnten.

Im weiteren Laufe der revolutionären Dinge wurde abwechselnd gegen die Pressefreiheit gefündigt. Die Regierung ging schärfer mit Zensurverboten vor. Am schwersten wurde davon die „Rote Fahne“ betroffen. Bei politischen Generalstreiks war auch da, wo die Unabhängigen das Ruder führten, die Pressefreiheit nicht immer sicher, indem bürgerliche und mehrheitssozialistische Zeitungen nicht erscheinen durften; auch in Leipzig nicht. Als die „Rote Fahne“ nach ihrer Verdrängung aus Berlin in Leipzig herauskam, wurden in ihr neue spartakistische Forderungen bekanntgegeben, deren eine lautete: „Unterdrückung der gesamten bürgerlichen Presse, einschließlich und ganz besonders der abhängigen Presse“. Mit letzterer waren die mehrheitssozialistischen Blätter gemeint. Also ganz bolschewistischer Standpunkt! Bemerkenswert ist, daß in einer Versammlung des (gewesenen) Leipziger Arbeiterrats dessen linksunabhängig-bolschewistischer Diktator Dr. Kurt Geyer diese von den Kommunisten bei der Gelegenheit vertretene Formel einfach akzeptierte. So schwankte die Pressefreiheit in der Parteien Macht und Haß. In Reinkultur fand sie weder bei der Revolution noch bei der Reaktion. Die Buchdrucker aber blieben ihr die treuesten Anhänger. Wenn es auch bei ihnen nicht ganz ohne Eigenmächtigkeiten und Dummheiten abging, im allgemeinen jedoch waren sie sich in der Verurteilung aller Eingriffe in das gedruckte und geschriebene Wort einig. Es kamen aus unsern Reihen recht deutliche Verurteilungen gegen jedwede Beschränkung der Presse und des Buchdrucks.

Als gegen Ende 1919 das Unternehmertum den Kampf gegen den Betriebsrätegesetzentwurf aufnahm, waren die Zeitungsverleger auch mit dabei, um die gegen die Pressefreiheit hauptsächlich von linksradikaler Seite gerichteten Attacken nun wieder die Buchdrucker auszumünzen, deren Betriebsräte minderen Rechts als die aus andern Berufen sein sollten, weil sie sonst sich Eingriffe in die Redaktionsführung kraft ihres Amtes erlauben könnten. Im Sozialen Ausschusse der Nationalversammlung hatten diese Vorstellungen zunächst Erfolg und sogar bis in die Reihen der Arbeitervertreter hinein. Auf der Gewerbetekongress vom 4. bis 7. Dezember machte die Redaktion des „Korr.“ auf den Ernst der Situation wie auf die großen Anforderungen im Zeitungsverlegerorgan aufmerksam. Die Konferenz beschloß darauf, an den Sozialen Ausschub mit einer Gegenvorstellung heranzutreten und bemerkte in einer Resolution u. a.: „Die Konferenz erklärt es aber als selbstverständlich, daß die Betriebsräte keine Handlungen unternehmen dürfen, die mit der Pressefreiheit unvereinbar sind, oder geeignet sein können, das Redaktionsgeheimnis zu gefährden.“ Der „Korr.“ übernahm hierauf die Führung einer Protestbewegung in der Gehilenschaft, an der die Beteiligung lebhaft war und wobei von allen Seiten die entschiedensten Versicherungen kamen, daß selbstverständlich die Buchdrucker keine Einwirkung auf den redaktionellen Zweig eines Betriebes ausüben wollten. Die in das Jahr 1920 übergehende Aktion gelang. Einige Drechsler aus Einfindungen im „Typograph“ vermochten nichts auszurichten: sie blieben vergebliche Nachwerke

niedriger Denunziantenleuten. Das offene und allseitige Bekenntnis der Verbandkollegenschaft zur vollsten Pressefreiheit ließ auch die Buchdrucker zu ihrem Rechte kommen.

Der 13. Januar 1920 brachte die unglückselige Demonstration vor dem Reichstagsgebäude, um das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes zu verhindern. Die Kommunisten erklärten, sie seien sogar von den Unabhängigen dabei ausgeschalten worden, bei diesen aber fand sich niemand verantwortungsbereit für das führerlose Durchbrechen der Mafse, das 43 Tote gekostet hatte. Die Regierung Bauer-Moske schritt darauf zu einer Diktatur über die ganz linksstehende Presse, die ibresgleichen zu suchen hat. Es wurden zwar auch reaktionäre Meinungsfabriken verboten, aber selbst wenn es ihnen gegenüber hoch kam, gingen sie immer noch besser aus als die Oppositionspresse. Die Buchdrucker wurden in starke Mitleidenschaft gezogen hiervon, sie ließen indes auch grundsätzlich gegen den Presse-Moskismus an. In Nr. 16 haben wir in schärfster Weise uns über das Massenverbot von Zeitungen ausgesprochen und dann für Mobilmachung immer weiterer Kreise gegen die Regierung gewirkt. Was wir aber verhindern mußten, war der von linksradikalen Kreisen unternommene Versuch, als Gegenschlag die Buchdrucker zur Stilllegung der nicht verbotenen Presse zu bewegen. Dadurch wäre das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden; die Buchdrucker hätten sich angeichts einer schweren Papierkrisis nur selbst damit geschädigt, der Allgemeinheit aber nicht nützen können. In Leipzig ging es deswegen besonders hoch her. Schließlich war auch diese Periode großer Regierungsdummheiten überwunden.

Im März folgte die Reaktion das Gebot der Stunde für sich gekommen. In revolutionären Zeitläufen vollzieht sich der Szenenwechsel schnell. Da hat es der „Korr.“ wahrgemacht, was er schon nach Ausbruch der Revolution geschrieben hatte: daß ein Gegenanschlag der alten Mächte die Buchdrucker ohne weiteres zur Verteidigung des werdenden neuen Deutschlands bereistfinden werde. Sobald der Knapp-Puffsch so weit erledigt war, daß auch der „Korr.“ wieder erscheinen konnte, schrieben wir (Nr. 31): „Die Meinungsfreiheit wird und muß auch ferner von den Buchdruckern, als deren Vermittlern für alle Parteien und Gelfesrichtungen, gewahrt werden — gegenrevolutionäre Ausbrüche jedoch werden stets das in ihre Hand gegebene Mittel foderbringen der Unterbindung anwendungsbereit finden! So haben die Buchdruckergehilfen diesmal der Sache des Volkes gedient, so werden sie wieder handeln, wenn den reaktionären Volksverderbern je noch einmal ein konterrevolutionärer Puffsch einfallen sollte. Kein militärisches Druckmittel vermöchte da etwas zu helfen, die so viel verkanteten Buchdrucker würden auch damit fertig werden.“ Das hat in den Kreisen, die im Innern doch mehr bei den Knapp-Lüttwigen waren, verknüpft; was aber von der Presse sich nicht zu den reaktionären Volksverderbern zu rechnen brauchte, fühlte sich durch diese ungeschminkte Sprache des Buchdruckerorgans nicht getroffen. So haben die deutschen Buchdruckergehilfen während der Knapp-Tage auch gefandelt. Vereinzelt ist man wohl zu weit gegangen. Dafür haben sich wieder einzelne Elemente gefunden, die einigen reaktionären Blättern das Weitererschleichen ermöglichen. Das letztere war weit schlimmer als das erstere. Unser Standpunkt ging aber nicht auf hermetisches Ausschalten der gesamten Presse hinaus, wie es beispielsweise in Berlin beliebt wurde bei heftigem Stir und Wider dieser Methode. Wir hatten die in Leipzig angewandte, das alles erkennen konnte, was klar die Reaktion absahnte, für richtiger, wobei es uns nur nicht einleuchten wollte, warum die Gewerkschaftspresse von der Führung der kämpfenden Arbeiterkraft nicht gleichgestellt worden war.

Bald darauf wandten wir uns gegen eine Methode gewisser Unterdrückung von Bucherscheinungen durch das „Brosenblatt für den Deutschen Buchhandel“, das nach einer neuen Wellung von der Buchhändlerlagung mit der Aufnahme von Anzeigen über neue Bücher vorläufiger verfahren sollte. Wenn es sich um offenkundige Schund- und erottische Literatur gehandelt hätte würde nicht so

selbst dagegen etwas zu sagen gewesen sein, aber Tendenzschriften dürfen auf keinen Fall behördlicher oder buchhändlerischer Zensur unterliegen; natürlich auch nicht der von Buchdruckern. Ob die Tendenz in revolutionärer oder in reaktionärer Richtung geht, darf in Zeiten, die nicht gerade durch schwere Ausbrüche von dieser oder jener Seite erschüttert sind, nichts ausmachen. Den offenen Bürgerkrieg kann es in Deutschland wohl vorübergehend geben, als Dauerzustand mag er russische Spezialität gewesen sein. Das „Börtenblatt“ hat dann die erst abgewiesenen Bücher ebenso angezeigt wie andre Erscheinungen.

Auf der Generalversammlung des Verbandes in Nürnberg gab es über die Zensurverbote und die Pressefreiheit auch eine Debatte. Eine oppositionelle Resolution des Kollegen Böttcher verlangte von den Buchdruckern im Hauptpunkte: „Die Mitglieder des V. d. B. verweigern bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Druckerzeugnisse. Sie stellen nur die Zeitungen her, die von den jeweils gewählten Kampfleitungen der Arbeiterschaft als maßgebende Publikationsblätter gewählt werden.“ Die Resolution Böttcher fand nur 40 Stimmen und war somit abgelehnt. Bemerkenswert ist an ihr, daß sie die Verbandsmitglieder nur bei offenen revolutionären Kämpfen zur Aktion zwingen will, die jedoch nicht nach alleinigen Gutdünken der Buchdrucker sich auswirken dürfen. Annahme dagegen fand mit 104 Stimmen die nachstehende, von einer Kommission ausgearbeitete Resolution: „Die Generalversammlung stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Buchdrucker in voller Einmütigkeit an dem Generalfreik im März zur Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften beteiligt haben. Um für die Zukunft einseitliche Maßnahmen treffen zu können, wie bei ähnlichen Gelegenheiten die erforderliche Aufklärung der Öffentlichkeit gewährleistet werden kann, bringt die Generalversammlung zur Ausdruck, daß bei zukünftigen, von der Zentralleitung der Gewerkschaften eingeleiteten Aktionen von den Zentralstellen bzw. von diesen zur Leitung der örtlichen Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Preiserzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung der revolutionären Bestrebungen herzustellen sind. Die Generalversammlung verurteilt aufs entschiedenste die im letzten Jahre wiederholt erfolgten Verbote von Zeitungen. Sie erklärt, daß die uneingeschränkte Pressefreiheit unter allen Umständen gewährleistet werden muß. Jede Beschränkung der Pressefreiheit führt zur geistigen Knechtung und bedeutet einen Kulturrückschritt. Die in letzter Zeit in die Erscheinung getretene Verküpfung des Zeitungsgewerbes durch die Schwerindustrie liegt nicht im Interesse der Pressefreiheit. Diese Monopolisierung führt zu einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im kapitalistischen Sinne, die letzten Endes eine Demoralisierung des Zeitungsgewerbes im Gefolge haben muß und auch für die Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes die größten Gefahren in sich birgt. Diese Entschliebung erlöst vieles und sagt genug. Sie spricht sich für vollste Pressefreiheit aus unter deutscher Bekundung, offene reaktionäre Anschläge mit aller Kraft wiederum abzuwehren. Also der schon vom „Kor.“ im März vertretene Standpunkt. Die Generalversammlungsresolution erklärt sich in anderer Weise als die von Böttcher für das Zusammenwirken mit der übrigen Arbeiterschaft „bei ähnlichen Gelegenheiten“ wie bei dem Generalfreik im März. Eigene Aktionen der Buchdrucker zentral oder örtlich kommen also gar nicht in Betracht. Diese Nürnberger Resolution hat beim „Zeitungsverlag“ nur unwesentliche Bedenken erregt. Daß sie im reaktionären Blätterwalde freudiges Rauschen hervorgerufen hätte, lag bestimmt nicht in der Annahme untrer Generalversammlung, die vielmehr nach dieser Richtung einen Wink mit dem Jauchplatz erteilen wollte. Wir achtern denn auch gar nicht dieser wohl verständlichen Ängste. Etwas andres war es schon, daß der „Tsp.“ in einer untrer Nürnberger Tagung gewidmeten Artikelserie, die ungemein großspurig begann, dann ein reaktionäres Bekenntnis um das andre brachte, um hierauf mit einem Male ganz kläglich zu enden: „Ich darüber mokierte, daß der „Zeitungsverlag“ zu wenig und die „Zeitschrift“ gar nichts Arges an dieser Resolution entdecken, er dafür aber heraus hatte, daß in Zukunft die Pressefreiheit von der Gnade der Sozialdemokratie abhängt, für die allein ja auch nur der Buchdruckerverband uneingeschränkte Pressefreiheit verlangt“. Das war natürlich eine bewußte Taffachenstellung, aber sie ließ sich immer noch erträglich hinnehmen als die zum Schluß kommende Bemerkung: „Nur Toren unterschätzen die Gefahr, die der deutschen nichtsozialdemokratischen Tages- und Gewerkschafts-Pressen droht. Wir als christlich organisierte Buchdrucker haben die Pflicht, auf diese Gefahr mit aller Macht hinzuwirken und, so viel wir können, an deren Verhütung zu arbeiten. Versteht uns die Öffentlichkeit nicht, dann soll ihr wenigstens der Grund genannt werden, heißt er sagen, wir hätten nicht früh genug gewarnt.“ Erst wollten wir dieser Leistung die gebührende Stelle anhängen, da man aber kamen wir wieder zu dem, was die „Zeitschrift“ in untrer Generalversammlung hätte der „Tsp.“ gar zu ungeschickt fertiggebracht. So sollte er nicht selbst noch einen kleinen Erfolg haben

durch untre Besetzung mit seiner traurigen Schreibeerei in Sachen Presseresolution.

Seit den Nürnberger Tagen hat es untre Wissen nur in Bayern ein paar Ausübungen der Zensurverbote gegeben. Bayern, das in seiner Landeshaupstadt schon eine Käterepublik bestehen sah, von der eigentlich niemand Gutes zu erhellen weiß, ist ein großer Reaktionsherd geworden. Zuletzt ist der unabhängige „Volkswille“ in Augsburg wegen Angriffe auf die Polizei dem Verbot verfallen gewesen. Einem Rückfall in die Rosterei müßte aber durch die für das ganze Reich errichteten Sicherheitschranken gegen Willkür und Übertreibungen bei den Zensurverboten vorgebeugt sein. Seitdem der Rostekoller diese abschließende Behandlung gefunden hat, geht es viel besser ohne Eingreifen der Staatsautorität bei jedem Dreck. Allerdings hat Bayern jetzt förmlich vorpreußische Mäuren angenommen, und was mit Hilfe des friedensrechtlich unzulässigen französischen Gesandten in München dort unten noch alles werden mag, kann eine nette Wissenschaft werden.

In den belebten Gebieten, auch Schlesien nun mehr ergreifend, haßt dagegen jetzt die Entensereaktion mit Zensurverboten und Bedrückungen schwerer Art für die Pressemenschen und die Verleger. Das Buchdruckervolk erleidet großen Schaden durch den entstehenden Arbeitsausfall.

Wie in vorangeführter Zeit und dann während des Krieges in Deutschland sowie dann leider nur zu oft in der revolutionären Periode, so ist jede Beeinträchtigung der Presse nur ein Zeichen mangelnden Vertrauens in die eigne Sache. Man muß alle solche Eingriffe entschieden verurteilen und ihr Unterbleiben energisch fordern, wobei der Hinweis nicht der unwirksamste ist, daß Zensur und direkte Verbote für ihre Urheber nur Dokumente ihrer Schwäche darstellen.

Ernährungswirtschaft

Der Übergang zur freien Wirtschaft und seine großen Gefahren

Die von rein agrarischen Interessen diktierte Ernährungspolitik der jetzigen Regierung, bei der auch die Händler ihr Schälchen ins trockne bringen, steht kurz vor ihrem völligen Zusammenbruch. Was nur vorausgesetzt und an dieser Stelle so oft betont, ist nur zu schnell eingetroffen. Wenn die Regierung noch in letzter Stunde kein Einsehen hat, dann muß endlich die Arbeiterschaft selbst handelstüchtige Taten müssen jetzt vollbracht werden, ehe es zu spät ist. Schöne Worte, Phrasen, um den urteilslosen oder oberflächlich denkenden Menschen bei entsprechender Stimmung zu erhalten oder in diese zu bringen, können uns nicht vorwärts, nicht zum Ziele führen.

Den Lebensmittelpbedarf bei der großen Knappheit im freien Handel zu decken, bedeutet, daß die Verbraucher, also in der Hauptsache die Arbeiterschaft, unerwünschte Preise bezahlen müssen. Die Reichsregierung muß sich doch über diese Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft im klaren sein! Nahrungsmittel sollte es in diesem Jahre reichlich geben. Alles stand draußen ausgezehrt. Nun auf einmal leßt es überall, und am schlimmsten beim Getreide. Ist das nicht etwa Konjunkturpolitik?

Die Folgen der teilweisen Aufhebung machen sich mit einer derartigen Schärfe bereits bemerkbar, daß selbst unerschrockenen Gegnern und einzelnen Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen, wie Dr. Heim, dem Führer der bayerischen Bauernschaft, angst und bange wird. Er sagte, daß trotz der befriedigenden Ernte bei vollkommener Freigabe der Lebensmittelversorgung spätestens im Frühjahr vollständige Anarchie auf dem deutschen Lebensmittelmarkt herrschen würde. Es müßte bei einer völligen Freigabe der Fleisch- und Kartoffelwirtschaft spätestens in einem halben Jahre die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden! Auch die „Deutsche Fleischzeitung“, als Gegnerin der Zwangswirtschaft, ließ sich also vernehmen:

Seit einigen Wochen ist die Zwangswirtschaft in Baden aufgehoben, und landauf und landab kann man Händler in den landwirtschaftlichen Anwesen herumgehen sehen, die den Bauern geradezu jabelhafte Preise für ihr Vieh anbieten und zahlen. Sämtliches bis jetzt verledenes Vieh wurde an die Rheinrenzstationen aufgegeben, was zu denken gibt. Daß aber Viehlauf und nicht zum Beispiel Freiburg als Bestimmungsort gewählt wird, ist geradezu verdächtig. Als die Fessel der Zwangswirtschaft fiel und in den Metzgereien wieder Fleisch marktenlos zu haben war, amte alle aus. Aber wie lange kann dieser Zustand anhalten, wenn ganze Ertragszüge mit Schlachtvieh nach dem Elah verloben werden? In absehbarer Zeit muß nothgedrungen die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden, weil das bädliche Land ausverkauft ist mit Schlachtvieh. . .

Solche Äußerungen werden nicht etwa aus Sorge um die wachsende Bevölkerung gemacht, sondern aus Befürchtung, daß die schrankenlose und gewissenlose Ausnutzung der freien Wirtschaft durch Produzenten und Händler zur Wiederaufrichtung der Zwangswirtschaft führen könnte.

Die Kartoffelverorgung besonders muß mit großem Fragezeichen versehen werden. Neben der Aufhebung der Zwangswirtschaft kommt der hohe Erzeugerpreis von 11,50 Mk. als Ursache in Betracht, den das Reichsernährungsamt für Vertragskartoffeln kurzfristigerweise fest-

setzte. Den Gemeinden wurde nahegelegt, sich durch Verträge einzudecken, mindestens im Umfange von 120 Millionen Zentnern. Weil man aber glaube, im freien Handel wohlfeiler zu kaufen, kam es nur etwa zu 35 Millionen, wozu noch 20 als Reserve für besondere Notfälle kommen, die das Reichsernährungsamt abgeschlossen hat. Reguliär, mit Frucht und Handelswaren, wird schon der Zentner auf 40 Mk. kommen, dazu schließlich noch Transportkosten bis ins Haus. Schon für Vollarbeitende mit halbwegem Lohn ist es schwierig, solche Preise zu zahlen, freies aber Verhärtsarbeiten oder starke Familie hinzu, dann ist es unmöglich. Wie viel mehr werden das große Heer der Arbeitslosen, der Kranken und Rentenempfänger am Hungererde nagen müssen! Unter diesen Umständen ist für diesen Winter das Schlimmste zu befürchten.

Seit 15. September ist nun die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln aufgehoben. Die bereits abgeschlossenen Lieferungsverträge der Landwirte mit Genossenschaften und Händlern bleiben aufrechterhalten, ob sie erfüllt werden trotz des hohen Vertragspreises, ist eine andre Frage. Die Erfahrung liegt bereits vor, daß solche Verträge nicht gehalten wurden, weil man die Kartoffeln anderwärts noch teurer verkaufen konnte. Daß die Kartoffeln durch einschränkende Bestimmungen vor dem massenhaften Verfüren in Brennerien, Erzeugerereien und Stärkefabriken geschützt sind, das wird niemand mehr glauben wollen. Die Agrarier genießen sich sogar heuer nicht, bei großer Kartoffelmot in den Städten die Frühkartoffeln in die Brennerien zu liefern, weil die besser bezahlten. Die Eisenbahnbetriebsräte haben manchen Transport, der in verbotene Kanäle geleitet werden sollte, der menschlichen Ernährung dienbar gemacht.

Die Kartoffeln würden ausreichen bei einer mittelguten Ernte zur Versorgung der Bevölkerung sowie für den Bedarf der Landwirtschaft und zu einem eingeschränkten industriellen Verbrauch. Die Unfähigkeit der Regierung und die Unerschlichkeit der Agrarier bestimmen es aber anders. Soll es denn wirklich durch die un sinnige Ernährungspolitik zu politischen Verwicklungen, schließlich zum Bürgerkriege kommen? Bei der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit muß schließlich die ärmere Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben werden. Trotz annehmbarer Ernte und hoher Preise, die teilweise ins Unermeßliche gehen, werden wir eine Kartoffelmot haben. Allen Gemeinden, ob mit oder ohne Vertrag, kann es frühe ergeben. Wer den Vorzug hat, von den vernünftigen Landwirtekreisen beliefert zu werden, die den Zentner mit 18, 20 und 25 Mk. zu verkaufen bereit sind, ist gut daran. Aber wehe denjenigen, die den Unerschlichen, zumal den Erzeugerierern, in die Hände fallen (und das sind meistens Großstädte), die werden ganz gebürgt über vorleif. Allen Anschein nach wollen sich die Erzeugerier schadlos halten für das gegen die Arbeiterschaft gerichtete gewesene Vorkommabenteuer, das ihnen Unsummen gekostet hat. Die von den Händlern zur Beförderung von Kartoffeln geforderten Eisenbahntarife kommen für eine Verbilligung wenig in Betracht, da sie schließlich doch mehr eignen Interessen dienen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschusse des Reichstags stand die Materie Getreide und Brot zur Beratung. Die bürgerlichen Parteien hatten einen in harmloser Form gehaltenen Antrag eingebracht, der eine wesentliche Senkung der Getreidepreise direkt und indirekt bezweckte und bei Annahme die Verbilligung des Brotgetreides im Gefolge gehabt hätte. Für Hafer und Gerste, deren Preise wegen der Gefahr des Verfürens von Brotgetreide 50 bzw. 100 Mk. niedriger sind, sollten gleiche Preise wie für Roggen gezahlt und die Frühbrutprämie in ihrer vollen Höhe von 200 Mk. für die Sonne bis zum 1. Januar 1921 weiter bewilligt werden. Die Zurückhaltung der Agrarier mit den Lieferungen, die eine außerordentliche Gelährdung der Brotversorgung mit sich brachte, erklärt sich durch diesen Antrag, der schon in Vorbereitung war. Es ist ungewöhnlich, daß in dieser Zeit gewaltiger Verschärfung der Arbeitslosigkeit, der schon genug zugenommen und noch zunehmenden Lebensmittelverknappung sowie der großen Not aller minderbemittelten Bevölkerungskreise die Agrarier mit einem derartigen Antrage sich hervorwagten. Ihre Schamlosigkeit und die von ihnen betriebene Auswucherung der Bevölkerung kennt keine Grenzen. Ohne jede Rücksicht darauf, ob Tausende oder Millionen sich des Hungers nicht mehr erwehren können, verfolgen sie ihre egoistischen Ziele, die ihnen jedenfalls um so verlockender erscheinen, als für das besetzte Gebiet seit 1. September erhöhte Preise bewilligt waren. Für die Sonne Roggen müssen hier 1710 Mk., Weizen 1765 Mk., Hafer und Gerste 1500 Mk., auch für bereits abgelieferte Mengen, gezahlt werden. Hier tangte der zentnerweise agrarische Ernährungsminister nach der Pfeife der Agrarier.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss beschloß, die Ausmahlungsgröße auf 85 Proz. herabzusetzen und höchstens 10 Proz. Streckmittel zu verwenden. Eine angemessene Entschleunigung erlucht, die Mehlmahlung auf 260 g zu erhöhen und das Auslandsgetreide so zu verbilligen, daß die bisherigen Mehlpresse beibehalten werden können. Nach der Reichsgetreidebestelle haben wir aber schon bei der jetzigen Ration ein Defizit von fast 2 Mill. Tonnen Brotgetreide, die, aus dem Auslande bezogen, bei 5000 Mk. für die Sonne, einen Kostenaufwand von 10 Milliarden Mk. ausmachen. Der Reichsrat hat nun auch die Herabsetzung der Ausmahlung befestigt und den Beginn auf 20. September festgelegt. Durch rechtliche Einbuhr von Mals soll einer allzu großen Verschärfung des Brotgetreides Schranken gesetzt werden. Wenn aber der Mais zur Streckung ge dacht ist, dann nur mit Fragezeichen. Die freie Getreide einbuhr ist von der Regierung nicht genehmigt worden,

wird dadurch die Erfassung und Verteilung des Brotmehles gestört würde. Aber Festlegung der Brotration und des Ausmaßes des Beschlusses entscheidet nun das Direktorium und Kuratorium der Reichsgetreidestelle nach Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft. Das ist auch so ein falscher Weg. Eine solche tief in die Lebensgrundlage des Volkes einschneidende Angelegenheit gehört dem Forum des Reichstags zur Abstimmung unterstellt!

Die allgemeine Einführung freier Fleischwirtschaft, die ab 1. Oktober nun auch erfolgen soll, hätte man bei den frühen Erfahrungen, die Baden und Ostpreußen damit gemacht haben, sorgfamer überlegen sollen. Es ist nicht glaubhaft, daß es gelingen wird, eine gleichmäßige Versorgung der Städte mit Fleisch dann noch herbeizuführen, wenn alle Fesseln der Zwangswirtschaft gefallen sind. Durch eine organisierte Wirtschaft, an der Produzenten, Verbraucher und Händler unter Mitwirkung der Arbeiterkassen beteiligt sind, wäre es schon eher möglich. Nach Vorschlägen der Ausschüsse im Reichsrat soll durch Übergangsverordnung neben dem Viehhandel auch der Kleinhandel mit frischem Fleische der Erlaubnispflicht unterstellt werden. Für Handel mit Vieh werden Schlüsselzettel gefordert und für den Kleinhandel Ausbund der Preise. Unre öffentliche Bewirtschaftung krankte daran, daß jede Bestimmung richtiger Durchführung ermangelte, deshalb konnte es nicht klappen. In diesem Falle wird es wohl nicht anders sein.

Wie nun verläuft, ist bereits ein Abkommen zwischen den drei größten Verbänden der Landwirte und Fleischer abgeschlossen worden, nach dem der Preis für Rindfleisch auf 10,50 Mk. das Pfund und für Schweinefleisch auf 12 bis 15 Mk. garantiert werden soll. Man kann sonst alles von der besten Seite auflassen, in diesem Falle an das mit einigem Selbstbewußtsein bekannte Gegebenen zu glauben, wäre Selbstbetrug. Die Bevölkerung ist ja schon schändbar gefügig worden.

In der Konferenz der Ernährungsminister und im Reichsrat sprach sich in der Hauptsache Sachsen, das als Industrieland am meisten unter freier Fleischwirtschaft leiden wird, dagegen aus. Der Ernährungsminister erkannte das auch im Reichsrat an und ist deshalb nicht für vollständige Freiheit gewesen, aber er hat sich schließlich dem Kabinett angeschlossen. Man glaubt durch Sicherung einer Fleisch- und Brotreserve gegen Störungen in der Anlieferung und gegen übertriebene Preisbildung auskommen zu können und denkt dabei hauptsächlich an die Reserve von Auslandsfleisch, von dem gegenwärtig 50 000 Tonnen vorrätig und das künftig dauernd auf 30 000 t gehalten werden soll, so daß 16 Millionen Verordnungs-berechtigte drei Monate lang mit 125 g wöchentlich versorgt werden können.

In der Praxis steht aber die Rechnung anders aus, da man die Folgen unterschätzt und ihnen nachher nicht gewachsen ist. Der ostpreussische Kreis Fischhausen mußte wegen vollständiger Anarchie in der freien Fleischwirtschaft in sämtliche Fleischereien zunächst schlehen und die verschärfte Zwangswirtschaft wieder einführen. Wenn man hört und es durch Zuteilung von nur Auslandsfleisch spüren muß, daß aus gewissenloser Begehrlichkeit schon seit geraumer Zeit, seitdem die Aufhebung zur Tatsache werden sollte, die Viehabgabe zurückgehalten wird, so kann man annehmen, daß das nachher erst recht geschieht. Dr. Heim fürchtete, daß Bayern in eine katastrophale Lage kommt durch Abwanderung von Schlachtvieh nach dem Norden, da Bayern weniger Kaufkraft besitzt. Was der Agrarier im großen für sein Land befürchtet, das müssen wir als Arbeiter erst recht dem Vorkriegszustand gegenüber.

Mit der freien Fleischwirtschaft wird sich auch die Milchversorgung noch mehr zumungunsten der unteren Klassen verschleppen. War schon, wie bei allen andern Erzeugnissen, der Zwang in der öffentlichen Bewirtschaftung hier nur Schein, da jeder Produzent machen konnte, was er wollte, so wird das jetzt viel mehr geschehen. Die umfangreichen Feststellungen der Kontrollkommissionen über mangelhafte oder gar keine Ablieferung (es wurden auch ehrliebe Landwirte angegriffen), was stillschweigend die Behörden gelassen liegen, ipsollen jeder Weigerung. In einem Falle von 54 Kühen in Prießnitzdorf wurden in vier Wochen fage und schreie 8 Pfd. Butter, ohne Milch abgeliefert! Dabei muß als Normalleistung einer Kuh im Jahr ein Milchvertrag angesehen werden, der die Herstellung von 84 Pfd. Butter ermöglicht. Butter gibt es ja fast nur noch im Schlechthandel, den selbst der „ausländische“ Kaufmann ziemlich offen betreibt. Bei der letzten enormen Milchpreiserhöhung hatte man uns weisgemacht, daß die Zufuhren nach den Städten reichlicher sein würden. Die Butterfleischhandelspreise klagen aber noch höher als vorausgesehen gewesen. Es blieb sonst jedoch beim alten: bei Milchhof auch für Kranke und Säuglinge, während andre weiter schweigten. Die wüste Drauflosschlächterei im Interesse bemittelter Verbraucher wird die Milchhöfe deprimieren und das Fleisch sowie die Milch teurer werden lassen. Die Ablieferung an die Entente (im ganzen 800 000 Kühe), die uns das beste Vieh entzieht, soll durchgeführt werden, wird aber das Maß der Entbehrung zum Überlaufen vollmachen. Da könnte der Traum von den 100 000 spendenden amerikanischen Kühen (der hauptsächlich von der Reichspreß gefädert wurde, unter Glasierung der Regierung) Wirklichkeit werden. Die wirklich spendenden nur 2500 Stück, deren Einführung man von Apatarierseite wegen angeblicher Tuberkulose und Typhusfieber Schwierigkeiten machte, sollen erst Anfang Oktober eingeschifft werden; sie sind nicht schon unterwegs, wie im Ausschusse berichtet wurde. Viel Lärm um geringfügige Sacken.

Wenn wir wirklich ein zwangsmäßiges Erfassungssystem hätten, müßte die Versorgung besser sein. Die

Zwangswirtschaft müßte eben zu Bruch gewirkt werden, der „Beweis“ erbracht werden, daß eine Gemeinwirtschaft nicht durchführbar ist. Wir haben immer betont, daß aus dem Fundament eines Systems keine tragenden Steine gebrochen werden können, die den Bau immer mehr lockern, bis schließlich unter dem Drucke der Begehrlichkeit alles zusammenstürzt. Wenn man dem arbeitenden Volke beweisen will, daß die Bewirtschaftung des Staates überflüssig geworden ist, dann muß es vorher geschehen durch Lieferung ausreichender Rationen. So, wie die Dinge liegen, wird man aber den Beweis immer schuldig bleiben.

Angehörlichkeiten in der Ernährungspolitik auch bei freier Bewirtschaftung muß man verneinen. Bureaucratismus, ein Fallstrich für die Zwangswirtschaft, sowie kraftlose Interessenwirtschaft sind wieder mehr denn je an der Tagesordnung. Eier für 54 Pf. das Stück, einschließlich Frucht usw., wären von Italien erhältlich, wenn es die Berliner Reichsstellen zulassen würden. Millionen von Eiern wurden angeboten. Viele Millionen sollen jetzt noch an der italienischen Grenze lagern, die heute um 17 Pf. das Stück zu haben seien. Berlin aber verzieht, und der Verbraucher muß für ein armleibiges Südhier unerhörte Preise zahlen. Die Abweisung eines billigen holländischen Fischangebots durch Deutschland zugunsten der deutschen Gesellschaften, die die Ware viel teurer verkaufen, damit sie 100 Proz. Dividende (in einem Falle sind es sogar 900 Proz. gemein) verdienen können, halte gar das gute Verhältnis zu Holland gestört und dabei uns als Verbraucher ganz gleichgültig. Das der Volkswirtschaftliche Ausschub 25 000 Tonnen stickstoffhaltige Düngemittel zur Ausfuhr freigibt, liegt jedenfalls bei der immer noch unzureichenden Produktion nicht im Interesse ausreichender Volksernährung; ebenso die sehr hohen Preise für künstliche Düngemittel zugunsten höchster Dividenden für die Aktionäre. Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat im Besolge, daß wenig oder gar nicht künstlich gedüngt wird, was natürlich die Steigerung der Erzeugung hemmen muß. Zugegeben muß werden, daß die Stickstoffbranche besonders gute Löhne zahlt und daß die vielen unbilligen politischen Streiks in der Stickstoffindustrie die Ware erheblich verteuert.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat abgewirtschaftet. Sie ist am Ende ihres Latens auch in der Produktion und der Verteilung von Nahrungsmitteln. Krampfschlag werden sich ihre Träger unter den Folgen des von ihnen geschürten Krieges und suchen die bankrotte Wirtschaftsweise zu festigen auf schwerste Kosten des Volkes, durch hohe unnatürliche Preise usw., die durch Lohn oder Gehalt niemals, auch nicht annähernd, ausgeglichen werden können. Einigung des Proletariats auf mittlerer Grundlage ist hier das beste Gegengewicht. Sie könnte uns im besondern in der Ernährungspolitik aufwärts führen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Mugsburg. In der allgemeinen Buchdrucker-versammlung am 3. September wurden fünf Kollegen als Kandidaten für die Urwahl in den Lehrlingsauschub für Schwaben aufgestellt. Eine am 1. September abgehaltene Demonstration, in der die Arbeiterklasse Mugsburgs für besseres Brot und Preisabbau eintrat (allerdings ohne die berufenen Führer vor der Inszenierung der Demonstration mit ins Vertrauen zu ziehen), und die bedauerlicherweise mehrere Todesopfer forderte, was für 4. September den Generalstreik hervorrief, wurde eingehend besprochen. Zu dem in dieser Angelegenheit vom Regierungskommissar von Schwaben und Neuburg erteilten Verbot des U.S.P.-Blattes „Der Volkswille“ las die Versammlung folgende Resolution: „Die am Freitag, dem 3. September 1920, tagende, zahlreich besuchte ordentliche Versammlung der Mitgliedschaft Mugsburg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker protestiert gegen die durch das Verbot des Volkswillens unterbundene Prezhfreiheit. Die gegenwärtige, geradezu katastrophale Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe fordert die sofortige Aufhebung des Verbots.“ Zur Leitung der Lehrlingsabteilung für die Mitgliedschaft Mugsburg wurden drei Kollegen gewählt.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerke Beispiele. Die Firma Fr. Ludwig Ulrich, Großdruckerei in Blumenthal (Saam), bewilligte ihrem noch nicht lernberechtigten Personal vier Tage Ferien, nachdem das lernberechtigte Personal seine Ferienlage verlobt hat. — Der Mitinhaber der Holzbuchdruckerei Friedrich Gulsch in Karlsruhe, Herr Friedrich Gulsch, überwieß anlässlich einer Familienfeier seinem Personal eine größere Summe zur Verteilung. — Anlässlich ihres 25jährigen Bestehens am 1. September 1920 gewährte die Buchdruckerei und Papierhandlung Bernhard Rinneberg in Mühlhausen i. Th. ihrem gesamten Personal je nach Dauer der Geschäftzugehörigkeit Gratifikation in Höhe von 100 bis 300 Mk. Die Lehrlinge erhielten 25 und 50 Mk.

Das Buchgewerbe auf der Frankfurter Messe. Die Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel veranstaltete während der Herbstmesse in Frankfurt a. M. vom 3. bis 23. Oktober eine Ausstellung „Das deutsche Buch“, die im eigenartigen Rahmen geschlossener Bibliotheken verchiedener Art einen Überblick des gegenwärtigen Zustandes untes Buchwesens gewähren soll. Der allgemein Gebildete, der einfache Mann, der Gewerkschaffler, der Staats-

mann, der Arzt, der Lehrer, der Ingenieur sollen in Räumen, die ihrer Weisheit angemessen sind, den literarischen Stoff ihrer Berufstätigkeit verknüpft lesen, während dem Kunstfreunde, der Dame, dem Kind und dem Freunde aller Kostbarkeiten das Buch als Träger veredelter Freude entgegenzutreten wird und ein Mutterbuch, ein Musiksalon, eine Lehrmittelausstellung ergänzend hinzukommen. Mit Unterstützung des Deutschen Buchgewerbevereins ist ein Sonderheft der Messezeitung „Der Qualitätsmarkt“ mit Beiträgen über die internationale Bedeutung des deutschen Buchhandels anlässlich der Ausstellung zur Frankfurter Messe erschienen.

Vernichtung von Druckereien. Bei den Unruhen in der Augulmiste in Kattowich sind auch die Druckereien der sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ („Arbeiterzeitung“) und der nationalistischen „Gazeta Ludowa“ („Volkzeitung“) vollständig zerstört worden. Ersterer beschrieb den Akt der Zerstörung wie folgt: „In der Druckerei wurde die Schnellpresse vernichtet, alle Fensterhebel zertrümmert, der größte Teil des Schriftmaterials wurde auf den Fußboden geworfen, so daß es nur noch den Metallwert hat. Das teure Papier für Geschäftsdruck-sachen wurde vernichtet oder mitgenommen. Desgleichen wurde die Geschäftsdruck-mitgenommen. Die Geschäftsdruck-sachen wurden zerstört. Möbel und Utensilien der Redaktion und der Verwaltung wurden sämtlich zerstört und durch das Fenster in den Kanalabzug geworfen. Geplündert wurden auch die Kleiderkabinette der Seher, die Türen wurden eingeschlagen und alle Sachen, die irgendeinen Wert hatten, gestohlen. Am dieses Verbrechen zu beschreiben, mußten wir Feder und Tinte borgen. Das ganze wertvolle Redaktionsarchiv wurde demoliert. Wir haben weder Tische noch Stühle. Ein eiserner Schrank wurde zerhackt und in Stücke durch das Fenster geworfen. Wir müssen also wieder von vorne anfangen.“ Sehn Tage vergingen, bis die „Gazeta Robotnicza“ wieder erscheinen konnte. Schlimmer noch erging es der „Gazeta Ludowa“. Sie muß noch jetzt in einer andern Druckerei hergestellt werden, denn die gesamte Betriebs-elektrichtung, die zum Teil aus Neuanfassungen bestand, wurde in einen Schuttbaufen verwandelt. Die Stadt Kattowich, also die Steuerzahler, muß den ansehnlichen Schaden erleiden. Es ist kaum zu glauben, daß es noch soich gedankenlose Menschen gibt, die sich bis zur Zerstörung von sofen Gegenständen nationalstisch ver-behen lassen.

Ein Aufruf aus der Postkartendruckerei. Die berufenen Vertreter der Produktion der in den Tarifämtern der Buch-, Stein-, Holz-, Metall-, Chemigrafie- und photographischer Kunstdruckindustrie verfahren Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Bildpostkartenindustrie hatten sich schriftlich und mündlich an den Reichspostminister um Herabsetzung des Portos der Bildpostkarten gewandt. Begründet wurde die Eingabe durch Erhebungen einer Produktionsstatistik, durch deren Resultat die katastrophale Wirkung der letzten Portorerhöhungen festgestellt wurde. Unterstützung fand dieser Schritt durch die Regierungen in Bayern und Sachsen, desgleichen durch die Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen der Großhändler und des Kleinhandels. Kein Entgegenkommen und mangelhaftes Ver-händnis für die Not eines einst blühenden Gewerbes und seiner Tausenden von Berufsangehörigen fanden die Inter-essenten aber bei dem Reichspost- und dem Reichsfinanz-ministerium, da die ungünstige Finanzlage des Reiches eine Schwächung der Einnahmen nicht zulasse. Der Hin-weis, daß Frankreich das Porto für Bildpostkarten herabgesetzt hat, wurde damit angefaßt, daß die wirtschaftliche Lage der Sieger dies gestatte. Der Einwand des Ministers, daß der Rückgang der Bildpostkarte nicht allein in der Erhöhung des Portos, sondern mit in den hohen Verkaufspreisen liegt, kann nicht unüberwunden bleiben. Eine gute Bildpostkarte kostete früher 10 Pf., heute 20—30 Pf. Das Porto ist aber von 5 Pf. auf 30 Pf. erhöht worden. Die erstere Erhöhung beträgt 200 bis 300 Proz., letztere aber 600 Proz. Eins haben die Tarifämter, die 95 Proz. der Berufsangehörigen vertreten und deren Gemeinschaftsarbeit auf eine 18—23jährige Tätigkeit zurückblickt, gefordert. Sie verlangen, daß in Zukunft bei der Vorbereitung von Gesetzen, die durch diese Erhöhung in Mitleidenschaft gezogen, die berufene Vertretung der Gewerbe gütlich gehört werden.

Berufs- und Produktionsgemeinschaften. Auf Ver-anlassung der Tabakgroßhändler erörterte vor kurzem Land-gerichtsrat Dr. Falck, der Leiter des Landespostamts, wie den Mängeln des jetzigen Wirtschaftssystems abzu-helfen wäre. Er schlug vor, einem Selbstverwaltungskörper die Regelung der gesamten gewerblichen Ver-hältnisse zu übertragen. Das Tabakgewerbe sollte sich in vier große Verwaltungskörper gliedern: 1. den Rohstoffkörper, 2. den Industriekörper, 3. den Großhandelskörper, 4. den Kleinhandelskörper, die sich dann wieder vereinigten zu einer Einheit, dem Tabakkongress, zusammenfügen würden. Der Tabakkongress vertritt das Gewerbe dem Reich und der Allgemeinheit gegenüber in jeder Weise. In allen Ver-waltungskörpern haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer Sitz und Stimme. — In Falle a. d. S. wurde im Vor-jahr eine Produktivgenossenschaft von Arbeitern des Maurers-, Zimmerers-, Dachdeckers-, Tischler-, Schlossers- und Malergewerbes gegründet, die mit Hilfe von Architekten unter Aufscheidung jedes Unternehmerrgewinnes Bau-arbeiten ausführt. Sie erhielt neuerdings von Gemeinden und Industriegesellschaften für insgesamt 50 Mill. Mk. Bauaufträge, darunter umfangreiche Siedlungsarbeiten.

Aufruf an die deutsche Arbeiterkassette. Vom All-gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, vom Eisenbahner- und vom Transportarbeiterverbände sowie von den beiden sozialdemokratischen Parteien erging ein neuer Aufruf, jeden

neutralitätswidrigen Transport von Waffen und Munition, der Deutschland passiert, anzuhalten. Es heißt darin unter anderem: „Die Neutralität Deutschlands muß strengstens gewahrt bleiben, auch Transporte für die heimlichen Organisations der Reaktion (Ordnung, Einwohnerwehr usw.) sind jetzt zu stellen, mag es sich um große Sendungen oder um kleinere Waffen- und Munitionsmengen handeln. Arbeiter, laßt euch durch nichts irren machen! Schließt weiter und noch härter wie bisher die Neutralität Deutschlands. Bekämpft weiter und noch energischer wie bisher die Bewaffnung der Reaktion. Nicht auf die Regierung, nur auf euch selbst verlaßt euch, haltet überall die Augen offen.“

Offene Stelle für Arbeitervertreter. Für das Bezirkssekretariat in Merseburg wird ein Sekretär gesucht. Bewerber müssen mit der Sozialgesetzgebung vertraut sein, auch die Vertretungen vor dem Oberversicherungsamt übernehmen und die sonstigen Arbeiten eines Arbeitersekretärs verrichten können. Gerechtet wird eine tüchtige Kraft, keine Anfänger. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche bis 3. Oktober an Paul Gröbel, Halle, Harz 42/44.

Schwedische Menschenfreundlichkeit. Wie von unterrichteter Seite den „P. N.“ mitgeteilt wird, hat am 8. September die Rückbeförderung der deutschen und österreichischen Kriegskinder aus Schweden begonnen. Sie soll in neun Transporten aus den verschiedenen Landes-

teilen vor sich gehen. Es werden ungefähr 1300 Kinder in der Woche befördert und in Sabinz verteilt werden. Die Anzahl der Kriegskinder, welche sich in Schweden aufhalten haben, beträgt 14400. Die Kosten für den Aufenthalt der Kinder belaufen sich auf 8640000 Kr. Die jungen Menschenkinder werden hoffentlich der Hochherzigkeit des schwedischen Volkes stets dankbar eingedenk bleiben.

Verschiedene Eingänge
„Bodenreform“. Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Preis 15 Pf., 17 Pf. 31. Jahrgang, 1920. Jahresbezug 10 Mk., Einzelheft 50 Pf. Verlag J. Harrowitz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedländerstraße 18.
„Die Neue Zeit.“ Wochenblatt der Deutschen Sozialdemokratie. Preis 22 Pf., 24 Pf. Jahrgang, 2. Band. Einzelheft 1 Mk., vierteljährlich 13 Mk. Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart.

Briefkasten
 Nach G.: Dankend erhalten. Verwendung bei passender Gelegenheit. — Nach H.: Das habe 230 Zeilen. Die haben wir einfach nicht dafür. Mit einem Drittel oder weniger muß es Genüge sein. Sie würden sich wohl am besten dienen, wenn Sie eine entsprechende Neuschreibung selbst vornehmen. — B. S. in B.: Erscheint in einem passenden Zusammenhange. — G. S. in A.: Mir wären auf dieses oder jenes schon zu sprechen gekommen. Der Mitteilungsbeitrag während und gleich nach der Gewerbesteuererhebung war aber derartig groß, daß diese unter Abzichten zurückgestellt und Raum wie Zeit zu der Veröffentlichung und zusammenfassenden Bearbeitung eines Teiles der Einwendungen verwendet wurden. — A. Schj. in Gek.: Zusammen 6,40 Mk.

lung eines Teiles der Einwendungen verwendet wurden. — A. Schj. in Gek.: Zusammen 6,40 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.
 Fernsprecher: Amt Sursfür, Nr. 1191.

Wahlergebnisse zum Betriebsrätekongress
 Gau An der Saale. Abgegeben wurden 244 Stimmen, davon 2 zerplittert und 1 unglücklich. Es erhielten die Kollegen: Edm. Eichler (Halle) 130, Karl Ailemann (Halle) 39, Albert Steinke (Magdeburg) 72. Gewählt ist somit Kollege Eichler (Halle).

Adressenveränderungen
 Eichweller. Vorhänger: Karl Ege, Rolsberg bei Eichweller. Größenhainchen. Vorhänger: Wilhelm Knauß, Südbender Straße 27 b.

Berufungskalender
 Dortmund. Bezirks-Maschinenseher-Versammlung Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Greiberg in Dortmund, Höhe Straße 26.
 Gortl (Kaufl.). Versammlung Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Richter, Südlicher Straße 83.
 Leipzig. Maschinenseher-Versammlung Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Vollshaus“ (Wartenau).
 Mählfhausen i. Th. Versammlung Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr, in Wenmars „Felsenkeller“.

Mein Maschinenmeister ist glücklich, daß er das Mittel, den „Alkohol“ gefunden hat. „Südhannoversche Volkszeitung“.
 Das Äßere Umgeben der Walzen wird erspart. Bei starker Auflage braucht man tagsüber weder Form noch Walzen zu reinigen. Man verlange Prospekt.
 Preis pro Silo 30 Mk. ab Fabrik.
 Probefendungen, für 2-3 Maschinen reichend, porto- und spesenfrei 12 Mk.
 Chemische Fabrik für Buchdr.-Bedarfsartikel Karl Eich, Leipzig-Sellerhausen.

Neu! Gefällig geschäft! Neu!
Unentbehrlich für jeden Maschinenmeister
 ist der von einem Leipziger Kollegen konstruierte Kleinsternapp! Er ist bequem an der Hand zu bedienen, schält vor Hautkrankheiten, hält den Kleister frisch und verhindert das lästige Auftröpfeln auf der Hand. Kleisterprühen beim Zurückziehen völlig ausgeschlossen. Preis pro Stück 2,25 Mk.
 Vertreter an allen Orten gesucht.
 Muster und Prospekt gegen Einblendung von 2,25 Mk. an den Kollegen H. Schmitz, Leipzig-Schönefeld, Seifener Straße 6 111.

Freie Faktoren-Bereinigung Deutschlands
 Sitz der Zentral-Kommission in Frankfurt a. M.
 Monatlich Organisationsbeitrag Mk. 1.— mit der Berechtigung zum freien Bezug der F. F. - Mitteilungen. Wegen Anmeldung und Auskunfts wende man sich an den Vorsitzenden der F. F. - Rudolf Sjöfosterbeck, Frankfurt a. M., Schulze-Dehlisch-Straße 77.

Abteilungsvorsteher
 der Sechsmaschinenabteilung einer Großbuchdruckerei
 derselben mehrere Jahre vorstehend guter Maschinenkennner, gutes Allgemeinwissen, zwölfjährige Sechsmaschinenpraxis, mit allen Faktorarbeiten vertraut,
sucht jetzt oder später Stellung in Leipzig
 Gest. Angebote unter L. S. 177 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

ist einem durch Krieg, Gefangenenschaft und Familienorgen außerordentlich Art in schwere Bedrängnis geratenen tüchtigen Schriftsetzer, in allen Sazarten stoll und lehrreich, Gelegenheit geboten zur praktischen Ausbildung als Maschinensetzer? Gest. Offerten unter Nr. 11 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenmeister
 gelesenen Alters, erfahren und selbständig in jeder Arbeit an Tiegell und Schnellpresse, oder auch für 16seitige Rotation, mit verschiedenen Anlegeapparaten und allen Hilfsmaschinen vertraut, sucht jetzt oder später dauernde, selbständige Stellung. Offerten erbeten unter „Rollenhorff 182“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Polnischer Seher
 für Werkstätten in dauernde, angenehme Stellung gesucht.
 „Sreuzburger Zeitung“, Streuzburg (O.-S.).
 Für unsere Typographen-Schmalzmaschinen suchen wir zum baldigen Antritt zwei tüchtige, durchwegs solide
Maschinensetzer
 Wohn nach dänischem Tarif. Angebote erbeten an die
 „Fondernsche Zeitung“, Fondern (Dänemark).

Berfekte Leiterin und eine Einseherin
 für Söbelsdorf sofort gesucht.
 P. Waquer, Schriftsetzer, Leipzig, Wabelsbergerstraße 1a.

Tüchtiger Seher
 mit allen Sazarten vertraut, sucht, möglichst auf gute Zeugnisse, sofort Stelle, gleichviel wohnort. Beste Angebote an
 A. Machepang, Schwanke bei Lübeck.

Egal wohin!
 Junger, strebsamer
Schriftsetzer
 der auch am Typographen B bewandert, sucht per sofort Stellung.
 Karl Roth, Nockenhelm (Waden), Rathausstraße.

Junger, strebsamer, stotter Schriftsetzer
 (fast 19 Jahre alt) sucht sofort Stellung. Gest. Angebote erbitte!
 Joh. Burghaus, Dylpe i. W., Bergstraße 31.

Junger Seher
 (Schweizerdegen), bewandert im In- und Auswendigen, sucht Stellung. Gest. Angebote an
 Josef Neumann, Niederplanitz, Höhe Straße 18.

Junger, strebsamer Schriftsetzer
 19 Jahre alt, der auch an Tiegell und Schnellpresse ausbilden kann, sucht sich sofort oder später zu verändern, egal wohin. Angebote unter L. B. 187 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

In allen Sazarten erfahrener Seher, strenger Korrektor, Lehrberechtigung, wünscht sich
nach Dresden
 zu verändern. Angebote unter Nr. 186 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Linotypsetzer
 gewissenhafter Arbeiter, guter Maschinenkennner, mit Allgemeinbildung, fünf Jahre Praxis, ledig, sucht dauernde, Ausführl. Offerten erbeten an
 Hugo Lüdicke, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Straße 30.

Linotypsetzer
 (kriegsbeschädigt), 22 Jahre, ledig, mit längerer Sumt gute Handschreibepraxis, möglichst bald
Anfangsstellung
 Gest. Angebote unter Nr. 168 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister
 gut vertraut mit Heureka-Koffation, zu verlässig im Autotypie- und Farbenruch, an sauberes Arbeiten gewöhnt, für 4. Oktober gesucht. Angebote unter Nr. 143 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schweizerdegen
 24 Jahre alt, in allen Sazarten bewandert, in noch ungeschädigter Stellung, sucht sich zu verändern. Offerten unter R. S. H. 180 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger, tüchtiger Monotypsetzer
 ledig, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht angenehme Stellung. Offerten zu richten unter Nr. 185 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Prima Kieler Fellsbüchlinge
 allerfeinste Qualität
 besonders felle, mit belegenem Ware, in Silben mit etwa 3 Pf. Inhalt 1173
per Kiste 17,50 Mk.
 versendet direkt an Private
Joh. Brause
 Holzrucherei und Verkaufsgeschäft, Gärtnersüde bei Miel.
 in 77. Pf. - Silben, per Pf. 23 - 26 Mk.

Rauchhaale
 mit 60 St. M. Franko
 C. Frick, Frankfurt
 Friedberger Landstr. 113

Fener Setzer, der auf Fortschritten: „Der Schriftsetzer im neuzeitlichen Druckereibetrieb“
 „Die Berufspraxis des Setzers“
 Frei. F. Seidel, Reutlingen, Mauerstr. 37.
 Postcheckkonto 100 19 Stuttgart. [33]

Maschinenband
 Friedensqualität, liefert
 6663
 Zeiger, Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Verheirateten Kollegen
 diese gute Vertretung an. Briefl. Anfragen an
 165
 M. Friedel, Leipzig-Gößlerstr., Arnoldstraße 9.

Welcher (Stuttgarter) Kollege überläßt mir ein gut erhaltenes Exemplar des 1905 im Verlage von Carl Neuber & Co. erschienenen Buches: „Der praktische Universalfaktor“?
 Angebote mit Preis erbittet Melchiorperger, Rothhausen bei Essen (Ruhr), Wemhellenstraße 22. [188]

Fehlerbuch
 Eine Sammlung von Sprachfehlern von E. von Coelln
 Preis M. 2,75
 Verlag des B. B. D. B. G. m. b. H., Leipzig
 Salomonstr. 8
 Postcheck-Konto 53 430

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule
Barmen.

Reparaturen, Montagen
 an sämtl. Maschinen des graph. Gewerbes werden gut u. billig ausgeführt. Langjährige Erfahrungen, reelle Bedienung. R. Wertenfen, Düsseldorf-Unterrath.

Oux Beine
 belästigt schnell u. bequem, Orthopäde hochinteressante, reichhaltige, Drospunkte umsonst.
 Orthopäde-Verlag
 Friedländerstraße 23, 219

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portoparapnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtnotgeld. Geschäftsstelle des „Storr.“.

Kaufmännische Organisation
 der Buchdrucker (Zugführer, Preisveränderung). Geeignete Fachlehrkräfte in Graph. Verlag A. Giegl, München, Nollmüllerstraße 1. — Katalog 50 Pf.
 Einzahlungen an den „Storr“-Spendenkonto für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 61323

Für Raucher!
 Den verehr. Ortsvereinen u. den Herren Kollegen liefern wir direkt von Fabrik:
Reinen Rauchtabak
 Strauß u. Mittelfeldstr. 17-75 Mk. p. Pfd.
 Feinschnitt für kurze Pfeifen und Zigaretten, 60-80 Mk. per Pfd.

Binger Kautabak, echt
 (reines Kautschuk-Fabrikat) dicht und dünne Rollen, die Rolle zu 1,75 Mk.

Schöne Zigarren
 Zigarillos von 45 bis 70 Mk. das Hundert
 Zigarren von 65 bis 300 Mk. das Hundert

Zigaretten, reiner Tabak
 ohne Mundstück 18-30 Pf. per Stück
 Goldmundstück 24-50 Pf. per Stück.
 Durch direkte Beziehungen mit größter Tabakfabrik des Rheinlandes sind wir in der Lage, reelle u. gute Ware zu liefern. Versand gegen Nachnahme. Preis-gratlos.
 Berker & Schropp, Badesheim (Rheinl.), Binger Straße 97.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

Volksfürsorge
 Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktionsgesellschaft
 Hamburg 5
 überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Am 16. September verstarb unser lieber Kollege, der Drucker
Hermann Waje
 aus Hamburg, im 51. Lebensjahre. Ein ehrenvolles Andenken bewahrt ihm
 Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 13. September verschied plötzlich und unerwartet infolge Gehirnschlags unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Georg Dähler
 im 32. Lebensjahr. (179
 Ein ehrenvolles Andenken werden ihm bewahren
 Mitgliedschaft Stiel.
 Gesangverein „Wulenberg“ vom 1877.

Am Freitag, dem 17. September, verschied unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Schriftsetzer
Bernhard Wefel
 geboren am 14. September 1884 zu Mülchill. [185
 Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
 Berlin, 18. September 1920.
 Die Kollegen und Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“.